

Innenministerium schaltet sich in Debeka-Affäre ein

22. November 2013

In der Affäre um umstrittene Werbepraktiken des Versicherers Debeka hat sich nun offenbar das rheinland-pfälzische Innenministerium eingeschaltet. Das Ministerium warnt in einem Schreiben die rund 74.000 Beamten im Bundesland vor der Praxis, Personaldaten möglicher neuer Versicherungskunden ohne deren ausdrückliche Genehmigung weiterzugeben, wie das "Handelsblatt" berichtet. Die Debeka hatte kürzlich bestätigt, Beamte für sich als sogenannte Tippgeber nebenberuflich arbeiten zu lassen, um neue Versicherungskunden zu werben.

Allerdings ermittelt in der Angelegenheit auch die Staatsanwaltschaft. Dabei geht es um den Verdacht der Bestechung und Bestechlichkeit sowie auf Verletzung des Dienstgeheimnisses und die Anstiftung dazu. Die zuständigen Koblenzer Staatsanwälte ermitteln dabei in den Reihen der Debeka-Mitarbeiter und in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in der Personalverwaltung. Beschäftigte der Personalverwaltung könnten Debeka-Mitarbeitern gegen Geld persönliche Daten neuer Beamter weitergegeben haben, damit diese als Versicherungskunden geworben werden können.

Das rheinland-pfälzischen Innenministerium warnt laut "Handelsblatt" in seinem Schreiben vor möglichen strafrechtlichen Folgen. "Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen können als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden", erklärte das Ministerium laut Bericht in seinem Schreiben an die Beamten im Land. "Wird der Verstoß mit Bereicherungsabsicht oder zur Gewinnerzielung begangen, kann eine Straftat vorliegen."

Dem Bericht zufolge könnten im Zuge der Affäre alleine in Rheinland-Pfalz schätzungsweise 2000 Beamte Kontakt mit der Staatsanwaltschaft bekommen. Dabei soll es sich laut Bericht um solche Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung handeln, die für die Debeka in der Vergangenheit als sogenannte Vertrauensmitarbeiter tätig waren.

Dabei soll es sich laut "Handelsblatt" um Staatsdiener handeln, die in der Vergangenheit systematisch Daten junger Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung an Debeka-Mitarbeiter weitergaben, um diese als neue Kunden zu werben. Dadurch hätten sich diese "Vertrauensmitarbeiter" Millionen von Euro verdient.

Ein Sprecher des rheinland-pfälzischen Innenministerium sagte der Zeitung, nun werde zunächst der Abschluss der staatsanwaltlichen Ermittlungen abgewartet. Jedoch drohten dienstrechtliche Konsequenzen auch, wenn keine Anklage erhoben werde. Auch das Land als Dienstherr könne beamtenrechtliche Verstöße der Vergangenheit überprüfen und disziplinarische Schritte einleiten.

Die Debeka - einst Deutsche Beamten-Krankenversicherung Versicherungsverein - zählt sich zu den zehn größten Vertretern der Versicherungs- und Bausparbranche. Das Unternehmen wurde 1905 gegründet und war lange nur für Staatsbeamte zuständig.